

## A2NEU Entkolonialisierung von Straßennamen

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: 2 Anträge

### Antragstext

- 1 Die Grüne Jugend Schleswig-Holstein setzt sich dafür ein, dass in allen
- 2 Gemeinden Schleswig-Holsteins Straßen und Plätze, deren Namen sich mit
- 3 Verbrechen des Kolonialismus, des Nationalsozialismus oder anderweitigen
- 4 Menschenrechtsverbrechen verknüpfen lassen, umbenannt werden.
- 5 Für die Umbenennung schlagen wir zunächst folgende Straßen vor und bitten die
- 6 jeweiligen Gemeinden zu prüfen, ob weitere Straßen betroffen sind.
- 7 Ahrensburg:
  - 8 • Schimmelmanstraße
- 9 Bad Segeberg:
  - 10 • Gustav-Frenssen Straße
- 11 Büdelsdorf:
  - 12 • Gustav-Frenssen Straße
- 13 Brunsbüttel:
  - 14 • Gustav-Frenssen Straße
- 15 Flensburg:
  - 16 • Nettelbeckplatz
- 17 Heide:
  - 18 • Gustav-Frenssen Straße
- 19 Heiligenhafen:
  - 20 • Gustav-Frenssen Straße

21 Kiel:

- 22 • Lüderitzstraße
- 23 • Nachtigalstraße
- 24 • Nettelbeckstraße
- 25 • Von-der-Groeben-Straße
- 26 • Wilhelmplatz
- 27 • Wissmannstraße
- 28 • Woermannstraße

29 Lübeck:

- 30 • Johannes-Rebmann Straße
- 31 • Lüderitzstraße
- 32 • Nettelbeckstraße
- 33 • Walderseestraße
- 34 • Wissmannstraße

35 Ebenfalls sollen Namen wie Hindenburg, Bismark und ähnliche auch geändert werden.

36  
37 Die Straßen sollen nach den Opfern des rassistischen Attentats 2020 in Hanau und  
38 entsprechend nach Menschen benannt werden, die sich in der Zeit des  
39 Kolonialismus oder des Nationalsozialismus als Widerstandskämpfer\*innen  
40 engagiert haben. Dabei soll mindestens die Hälfte der umbenannten Straßen nach  
41 FINT\*-Personen benannt werden. Um eine aufgeklärte Erinnerungskultur zu fördern,  
42 sollen außerdem Gedenktafeln aufgestellt werden.

## Begründung

Ein Straßename wird vergeben, um das Lebenswerk einer Person zu ehren und erbrachte Leistungen zu würdigen. Dementsprechend sind sie absolut ungeeignet, um die Verbrechen des Nationalsozialismus oder des Kolonialismus aufmerksam zu machen. Weiterhin fehlt eine Einordnung, um Aufklärung über historische Menschenrechtsverbrechen aufzuzeigen. Als eine der größten Kolonialismusverantwortlichen ist es die Aufgabe Deutschlands, die Aufklärung über die Zeit zu fördern und die damals begangenen Verbrechen aufzuarbeiten. Dazu gehört unter anderem eine kritische Erinnerungskultur und die Entfernung jeglicher Gedenken, welche die deutsche Kolonialgeschichte als heroisch darstellen.

Die Verbrechen sollen allerdings nicht vergessen werden. Gerade dafür ist es wichtig, Gegenstände der Erinnerung in Stadtbereichen zu platzieren, die eine Auseinandersetzung mit den begangenen Verbrechen ermöglichen.